

# Kein Zurück zur Wehrpflicht

## Kanzlerin Merkel gegen Forderung aus eigener Partei

**BERLIN.** Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel hält nichts von Vorschlägen aus ihrer Partei, als Reaktion auf rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr zur Wehrpflicht zurückzukehren. „Was die Bundeswehr braucht, ist die Berechenbarkeit in ihrer Entwicklung“, sagte sie gestern in Berlin nach einem Gespräch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 sei eine grundsätzliche Entscheidung. „In der Kontinuität dieser Entscheidung sollten wir jetzt auch die nötigen Reformen vornehmen.“

Gefordert hatte die Rückkehr zur Wehrpflicht der CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg. Die Aussetzung habe bewirkt, dass die Bundeswehr keinen Querschnitt der Gesellschaft mehr abbilde, sagte der Oberstleutnant der Reserve. Wehrdienstleistende seien aber „ein verlässliches Frühwarnsystem“, um Extremismus zu erkennen. Zuletzt hatte das rot-grün regierte Schweden beschlossen, nach

sieben Jahren Freiwilligenarmee wieder zur Wehrpflicht zurückzukehren.

Merkel unterstützte zugleich die von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgeschlagenen Konsequen-

geordnete Henning Otte sagte: „Es gibt keine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die Aussetzung des verpflichtenden Wehrdienstes jetzt aufzuheben.“ Der Verteidigungsexperte der Grünen, Tobias Lindner,

erklärte:

„Wer jetzt fast schon reflexartig die Wiedereinführung der Wehrpflicht fordert,



„Söldnerarmee  
à la  
Fremdenlegion  
wäre ein Albtraum.“

Michael Wolffsohn  
Historiker

hat nichts von dem Problemen verstanden, mit denen die Bundeswehr gegenwärtig zu kämpfen hat.“

Auch CDU-Bundesvize Thomas Strobl sprach von einer Diskussion, die nicht „zielführend“ sei. „Ehrlich gesagt, ist die Diskussion mit der Klarstellung der Bundeskanzlerin auch gleich wieder beendet.“ Er selbst habe auch nicht den Eindruck, dass die Bundeswehr als Organisation rechtsradikale

Tendenzen pflege.

Unterstützung erhielt Sensburg dagegen vom Historiker Michael Wolffsohn. „Ohne Allgemeine Wehr- oder Dienstpflicht – für Männer und Frauen – geht es nicht“, sagte der ehemalige Professor der Bundeswehr-Hochschule in München. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht seien vermehrt Extremisten in die Bundeswehr gekommen. „Heute will kaum jemand mehr zur Bundeswehr – außer Idealisten, jungen Leuten, die auf dem boomenden zivilen Arbeitsmarkt nicht unterkommen, und eben Extremisten“. Sonst sei nur noch eine Möglichkeit denkbar, so Wolffsohn, „eine Söldnerarmee à la Fremdenlegion“. Dies wäre „ein Albtraum“.

Von der Leyen habe im Fall Franco A. richtig gehandelt, sagte Wolffsohn. „Anders als die meisten ihrer Vorgänger vertuscht sie das nicht. Hut ab. Anstatt das zu würdigen, fallen viele über sie her und verlieren das Hauptziel aus den Augen: alle Extremisten aus der Truppe entfernen.“ (dpa)